

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur vereinbarten Debatte zur deutschen und europäischen Weltraumpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Gesamtsituation der Weltraumpläne und insbesondere die technische, strategische und finanzielle Beurteilung der großen ESA-Infrastrukturprojekte hat sich geändert. In dieser Lage muß überdacht und geprüft werden, an welchen Projekten in der ursprünglichen Form festgehalten werden kann. Ein neu zu erarbeitendes europäisches Weltraumkonzept muß von folgenden Eckpunkten ausgehen:

1. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an anspruchsvollen (bemannten und unbemannten) Raumfahrtprojekten muß weiterhin sichergestellt werden. Große Weltraumprojekte sind eine Herausforderung für die gesamte Völkergemeinschaft. Sie erfordern eine Bündelung der kreativen, technischen und finanziellen Ressourcen sowie eine weltweite Nutzung bereits vorhandener Erfahrungen.

Die Bundesrepublik Deutschland und Europa sind aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, sich eine entsprechende technologische Kompetenz im Bereich der Weltraumfahrt zu erhalten, die auch im internationalen Vergleich bestehen kann.

2. Die aktuellen Weltraumprogramme sind im Einklang mit den internationalen Partnern nutzungsorientierter zu gestalten. Für das vorgesehene Finanzvolumen muß eine Obergrenze festgeschrieben werden. Eine ungezügelter jährlicher Mittelaufstockung als Folge der Eigendynamik der Raumfahrtprojekte kann nicht länger akzeptiert werden.

3. Ausgehend von der politischen Zielsetzung und der industriellen Verwendbarkeit muß anhand der staatlichen und privaten Nachfrage überprüft werden, welche Infrastrukturprojekte im Weltraum noch mit staatlichen Mitteln in welchem Umfang gefördert werden sollen.

4. Die Vermarktungsmöglichkeiten deutscher und europäischer Raumfahrttechnik müssen durch Deregulierung und Privatisierung verbessert werden. Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Geschäft müssen beseitigt werden. In den Feldern

Telekommunikation, Navigation, Erderkundung, Wetterkunde und Erntevorhersage gibt es erhebliche Marktpotentiale für privatwirtschaftliche Aktivitäten, die es zu erschließen gilt. Die Öffnung dieser Märkte wird das private Engagement für die Entwicklung von Raumfahrttechnik erheblich steigern und damit gleichzeitig helfen, den Fiskus finanziell zu entlasten.

5. Auf der Staatsseite sind die Ressorts für Umwelt, Verkehr, Post und Telekommunikation, Landwirtschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung angemessen an der Finanzierung der Technikentwicklung und -nutzung zu beteiligen.
6. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen nationalem und internationalem Programm ist sicherzustellen (ein Drittel zu zwei Dritteln). Eine Inanspruchnahme des nationalen zugunsten des internationalen Programms muß ausgeschlossen werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- a) kurzfristig den o.g. Eckpunkten genügende und den finanziellen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Vorstellungen zu erarbeiten, die eine Diskussionsgrundlage für die ESA-Ministerratskonferenz in München am 18./19. November sein sollten,

und

die Entscheidung über die Fortschreibung des ESA-Langzeitprogramms (Phase II-Entscheidung) zumindest bis zum Frühjahr 1992 hinauszuschieben, damit die ESA-Partner Gelegenheit erhalten, orientiert an ihren finanziellen Möglichkeiten sowie ihren inhaltlichen Vorstellungen ein entsprechendes neues europäisches Raumfahrtprogramm abzustimmen,

- b) bis Ende des Jahres 1991 über die Vermarktungsmöglichkeiten der deutschen und europäischen Weltraumtechnik sowie etwaiger Hemmnisse zu berichten und Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu unterbreiten,
- c) die Ressorts für Umwelt, Verkehr, Post und Telekommunikation, Landwirtschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung angemessen an der Finanzierung der Raumfahrt-Technikentwicklung und -nutzung zu beteiligen und, beginnend mit dem Haushaltsjahr 1993, entsprechende Mittel in ihren Einzelplänen auszuweisen,
- d) bei der in ihrem Auftrag tätigen DARA dem Bereich Kommerzialisierung und Privatisierung von Weltraumtechnik den notwendigen Stellenwert zu verschaffen.

Bonn, den 14. November 1991

Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion